

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Alexa-Hochhaus: Standort und Planung überprüfen, umfassende Bürgerbeteiligung organisieren, Stadtbildauswirkungen und Alternativen darstellen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 8. Mai 2014 zum Antrag „Planung am Alexanderplatz“ (Drs. 17/1507) umzusetzen, in dessen Begründung die einbringenden Fraktionen SPD und CDU u.a. eine „Prüfung der Bebauung Alexa in Bezug auf die Sichtachse, Haus des Lehrers und Fernsehturm“ ausdrücklich vorsehen und der einen „kooperativen und beteiligungsorientierten Diskussions- und Planungsprozess unter Einbeziehung der breiten Stadtgesellschaft sowie den Grundstückseigentümern, Nutzern, der Politik, der Verwaltung und der Fachöffentlichkeit“ fordert. Vor diesem Hintergrund ist vom Senat Folgendes zu berücksichtigen:

1. Eine städtebauliche Begutachtung des Vorhabens Hochhaus neben dem Einkaufszentrum Alexa (Investor MonArch) ist vorzunehmen. Darin sollen vor allem die Auswirkungen für die Sichtachsen in Richtung Fernsehturm, insbesondere von der Frankfurter Allee/Karl-Marx-Allee, Landsberger Allee und vom Schlossplatz, visualisiert werden.
In der Planung soll in einem nachvollziehbaren und ergebnisoffenen Prozess erörtert werden, wie sich das geplante Hochhaus auf die Stadt, ihre Silhouette, die Sichtachsen, den öffentlichen Raum rund um den Alexanderplatz und dessen Aufenthaltsqualität auswirkt. Auch die Auswirkung auf den Wohnstandort Alexanderplatz einschließlich der Wohnfolgeeinrichtungen ist darzustellen.
2. Das Gutachten einschließlich der Visualisierungen ist zu veröffentlichen.
3. Der Senat wird darüber hinaus aufgefordert, ein Verkehrsgutachten durch einen eigentümerunabhängigen Verkehrsgutachter zu beauftragen, Darin soll analysiert

werden, wie hoch die zusätzliche Verkehrsbelastung durch MIV, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr ist, wie der Verkehr abgewickelt wird und welche Verkehrsbeeinträchtigungen voraussichtlich entstehen werden.

4. Für den gesamten Planungsprozess ist eine umfassende Bürgerbeteiligung zu organisieren, unter Einbeziehung der Stadtgesellschaft und unter Beteiligung angrenzender Grundstückseigentümer, Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Fachöffentlichkeit.

Das informelle Beteiligungsverfahren muss so ausgestaltet werden, dass betroffene und interessierte Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, kooperativ im Planungsprozess mitzuwirken. Ein kooperativer Planungsprozess erfordert auch, dass die Beteiligung an sich von den Bürgerinnen und Bürger mitgestaltet wird. Der Senat ist daher gefordert, Planungsabläufe transparent und für Fachfremde verständlich darzustellen. Des Weiteren soll eine ausführliche Dokumentation der Beteiligung garantieren, dass Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, welche Einwände und Alternativvorschläge Beachtung finden.

5. Der Senat soll darlegen, welche rechtlichen und finanziellen Auswirkungen eine Rücknahme oder Modifizierung der Planung „Hochhaus neben dem Alexa“ und ein so geänderter Bebauungsplan, z.B. durch andere Höhengaben, für das Land Berlin haben.
6. Dem Abgeordnetenhaus sind unverzüglich, auf jeden Fall vor Erteilung einer Baugenehmigung vertragliche Regelungen oder sonstige Übereinkünfte mit dem Investor zur Übernahme von Leistungen oder Kosten, die durch das Vorhaben im Bereich der öffentlichen Infrastruktur verursacht werden, zur Zustimmung vorzulegen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. März 2015 zu berichten.

Darüber hinaus ist dem Abgeordnetenhaus unverzüglich über alle Schritte auf dem Weg zu einer Baugenehmigung durch den Bezirk Mitte zu berichten. Der Senat soll abschließend sicherstellen und gegenüber dem Bezirksamt Mitte darauf hinwirken, dass auch die Bezirksverordnetenversammlung Mitte über alle weiteren Verfahrensschritte im Baugenehmigungsverfahren unverzüglich informiert wird und in dem geforderten Beteiligungsverfahren angemessen mitwirken kann.

Begründung:

Ausgerechnet am Tag der Beschlussfassung im Abgeordnetenhaus über die Planung am Alexanderplatz hat der Bezirk einen positiven Bauvorbescheid für ein 150 Meter hohes Hochhaus erteilt. Mit dem positiven Bauvorbescheid wurde dem Investor mitgeteilt, dass sein Bauprojekt grundsätzlich genehmigungsfähig ist.

Die politische Absicht des Abgeordnetenhauses wurde damit ignoriert. Der Beschluss muss endlich umgesetzt und begleitet werden von einer städtebaulichen Begutachtung des Vorhabens, einschließlich einer Visualisierung von Bauvarianten, und einem Verkehrsgutachten. Sollte sich dadurch herausstellen, dass Planungsalternativen sich aus Gründen einer ökologischen und sozialen Stadtentwicklung, aus stadtgestalterischen und denkmalpflegerischen sowie aus verkehrlichen Gründen als bessere Lösungen erweisen, so sind diese als alternative Planungen darzustellen.

Insbesondere die geplante Gebäudehöhe von 150 Metern und die Kubatur des Gebäudes sind zu überprüfen. In dem Radius von 150 Metern um das geplante Hochhaus befinden sich die Kongresshalle, das Haus des Lehrers, das geplante Hochhausprojekt Hines und das Gerichtsgebäude Littenstraße sowie die Wohngebäude der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft WBM an der Alexanderstraße. Dieses Umfeld ist für die städtebauliche Wirkung und die Denkmalschutzaspekte wesentlich, aber auch die Verschattung und die infolge des Hochhauses entstehenden Winde müssen berücksichtigt werden. Daher sind auch diese Einwirkungen zu begutachten und alternative Lösungen gegenüber der derzeitigen Planung darzustellen.

Der Senat hat in Antworten auf Schriftliche Anfragen aus der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus mehrfach mitgeteilt, dass für eine Beteiligung von Abgeordnetenhaus, Bezirksverordnetenversammlung und Öffentlichkeit keine gesetzliche Verpflichtung besteht. Das ist zwar formal zutreffend, schließt aber eine solche Beteiligung auf freiwilliger Basis keineswegs aus. Gerade nach dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld werden Vertreterinnen und Vertreter des Senats und der Koalition nicht müde, mehr Bürgerbeteiligung zu versprechen. Bei diesem wichtigen Vorhaben besteht nicht nur die Gelegenheit, diesen Worten Taten folgen zu lassen. Zugleich können Senat und Koalition so optimale Voraussetzungen dafür schaffen, dass für die städtebauliche Zukunft des Alexanderplatzes tatsächlich Verbesserungen möglich werden.

Berlin, den 28. November 2014

U. Wolf Lompscher
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke